

BERICHTE

Indiras Wahlen

ECKEHARD KULKE

Raj Jyotshi Pandit Puran Chand, Vorsitzender der „All-India Astrological Conference“ prophezeite Indira Gandhi einen überwältigenden Wahlsieg¹. Diese Prognose wurde von politischen Beobachtern und Demoskopen², die dem Congress-R mit viel Glück eine knappe Majorität einräumten, als allzu phantastisch abgetan. Doch der Pandit sollte Recht behalten. Die im Anschluß an die vorzeitige Parlamentsauflösung durchgeführten Wahlen brachten Indira Gandhi einen solch durchschlagenden Erfolg, daß die Zusammensetzung des Parlaments (Lok Sabha) fortan wieder an die Congress-Dominanz der Nehru-Ära nach der Unabhängigkeit erinnert.

Die indische politische Szene hat sich mit einem Schlag verändert. Eine Regierung, die gestern noch in fortwährender Angst vor einem Mißtrauensvotum Politik in prekärer Abhängigkeit von den schwankenden Sympathien einzelner Oppositionsgruppen betreiben mußte, ist nun in der Lage, ihre Politik zu diktieren. Oppositionsparteien, die sich bereits im Vorhof der zentralen Macht in Delhi wähnten, finden sich nun als kleine verstörte Gruppen, zum großen Teil ihrer Führer beraubt, auf den angestammten Oppositionsbänken der Lok Sabha wieder. Die Lok Sabha ist um eine Reihe von markanten Oppositionspolitikern ärmer geworden: Minoos Masani, N. R. Ranga, Ashok Mehta, S. K. Patil, Tarkeshwari Sinha, Ram Subhag Singh, Madhu Limaye, Georges Fernandes, Prakash Vir Shastri, Balraj Madhok, Sanjeeva Reddy unterlagen in einer ganzen Serie von Prestigekämpfen gegen teils unbekannte Congress-R-Kandidaten. Dieser Verlust an vertrauten Namen, an den sich Beobachter des indischen Parlaments erst langsam werden gewöhnen müssen, wird jedoch mehr als aufgewogen durch die Tatsache, daß Indien fortan wieder über eine Regierung verfügen wird, die Politik auf der Basis einer soliden Parlamentsmehrheit betreiben kann. Der Alptraum einer von Koalitionsquerelen blockierten Zentralregierung in Delhi wird auf absehbare Zeit nicht Wirklichkeit werden.

Indiras prekäre politische Position 1970

Das Resultat der Wahlen vom 1. bis 10. März 1971 markiert einen nahezu totalen Wendepunkt einer Entwicklung, die seit den Wahlen 1967 und besonders nach der

¹ Sunday Standard, 31. 1. 1971.

² Eine vom Indian Institute of Public Opinion im Januar und Februar 1971 durchgeführte Umfrage unter 8200 Wählern, bei der allerdings die unteren Einkommensgruppen und die Frauen unterrepräsentiert waren, ergab 34,7% für Indira Gandhis Congress. Siehe Economic Times, 3. 3. 1971.

Spaltung der Congresspartei 1969³ durch eine Einschränkung der Zentralgewalt gekennzeichnet war. Zwar war dem Unionsparlament das in vielen Gliedstaaten bis zum Exzeß betriebene Koalitionskarussell mit häufig wechselnden Regierungen — Bihar hatte z. B. seit 1967 sieben Regierungen — und stets oszillierenden Parlamentsmehrheiten erspart geblieben. Mit der Spaltung des Congress verfügte jedoch die Regierung Indira Gandhis mit 228 Abgeordneten in einem Haus von 520 Sitzen nicht mehr über eine Mehrheit und war fortan gezwungen, sich bei Abstimmungen der Unterstützung bislang verketzelter politischer Randgruppen zu versichern. Die Abhängigkeit der Zentralregierung von der von Fall zu Fall bedingten Unterstützung durch Kommunisten und regionalistische Parteien (Drawida Munnetra Kazhagam, Sant Akali Dal) ließ den Machtschwund der Zentralregierung deutlicher als je zuvor werden.

Die desintegrierten Momente des politischen Systems in Indien seit 1969/70 sind im wesentlichen durch sechs Faktoren gekennzeichnet:

1. Die Regierung ist auf Grund ihrer Minorität im Zentralparlament gezwungen, sich Unterstützung durch **Zugeständnisse an regionalistische und kommunistische Positionen** zu verschaffen.
2. Der **Führungsanspruch des Congress-R**, verkörpert in der Person Indira Gandhis, wird in zunehmendem Maße von einer sich neu gruppierenden Opposition angegriffen.
3. Dieser Kampf für und wider Indira Gandhi führt zu einer **Polarisierung entgegengesetzter politischer Bekenntnispositionen**⁴, die sich anlässlich der Auseinandersetzungen um die Bankenverstaatlichung und die Streichung der Fürstenprivilegien herauskristallisieren. Diese beiden an sich untergeordneten „issues“, die über die Maßen hochgespielt und überreizt werden, werden zum Katalysator zweier Fronten:

Des Congress-R, der CPI, DMK, PSP und Sant Akali Dal einerseits, des Congress-O, Jan Sangh, Swatantra und der BKD andererseits. (Die zweite, mehr nach rechts tendierende Front trat — zusammen mit der SSP — auch auf Landesebene in Erscheinung; seit Ende 1970 bildet sie sogenannte SVD-Koalitionsregierungen in den beiden wichtigen Staaten Uttar Pradesh und Bihar.)

4. Während sich hiermit seit langem erwartete Polarisierungstendenzen abzeichnen, läßt sich generell eine Vernachlässigung und Schwächung der Parteiorganisationen beobachten. Diese **Erosion des Parteiensystems** erfaßt mehr oder weniger alle Parteien, in besonders markanter Weise die Swatantrapartei, im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorstellungen auch den Jan Sangh, die CPI und SSP, am wenigsten noch die DMK. Beiden Congressparteien gelang es mit regionalen Ausnahmen nicht, die einst so straffe Parteiorganisation, welche die Congressdominanz über Jahrzehnte garantierte, zu erhalten oder zu sich herüberzuziehen.

Die Schwächung der Organisationsstrukturen in den Parteien wird kompensiert und kaschiert durch einen deklamatorischen Radikalismus und dynamisches „Imagebuilding“; als Beispiel hierfür mag die dilettantisch vorbereitete und ohne

³ Siehe hierzu K. Stiebler, Die Spaltung der Kongreßpartei und ihre Folgen, in: Internationales Asienforum, Heft 1, Nr. 1, 1970, S. 31 ff.

⁴ Rajni Kothari, More Opposition, in: Seminar, Annual Number 1971, S. 23.

Durchschlagskraft durchgeführte „Landraub“-Bewegung (Sommer 1970) der linken Oppositionsparteien dienen.

5. In den Kadern der Oppositionsparteien (besonders in der SSP, PSP, CPI, Jan Sangh, Swatantra) wird eine zunehmende **Frustration** angesichts der Unfähigkeit bemerkbar, aus der Minderheitenposition der Regierung Kapital zu schlagen und der Regierung parlamentarische Niederlagen beizubringen.
6. Die **Aktivitäten der Naxaliten** und die sich von Monat zu Monat verschlechternde „Law and Order“-Situation in West-Bengalen führen zu einer Verunsicherung der indischen Mittelschicht und zu der immer offener geäußerten Forderung nach einer starken Zentralregierung.

Indira Gandhi hatte seit der Congress-Spaltung eine bemerkenswerte Fähigkeit bewiesen, sich durch geschicktes Taktieren, durch Forcierung geeigneter „issues“ und Mobilisierung von ad-hoc-Mehrheiten im Parlament über Wasser zu halten. Sehr bald jedoch erkannte sie, daß unter einer derartig ungünstigen Ausgangsbasis langfristig keine Politik gemacht werden konnte. Sie hatte zwar das gesamte politische Gleichgewicht 1969 aus dem Gefüge gebracht, sie konnte sich jedoch nicht mit der momentanen prekären Konstellation abfinden und traf deshalb in den letzten Tagen des Jahres 1970 die zweite wichtige Entscheidung ihrer Regierungszeit (nach ihrer Herausforderung der Congressführer 1969, die schließlich zur Spaltung der Partei führte), mittels derer sie das System wieder besser in den Griff zu bekommen hoffte: sie ersuchte Präsident Giri um eine vorzeitige Auflösung der Lok Sabha und um Ausschreibung von Neuwahlen.

Gründe für die vorzeitige Ausschreibung von Neuwahlen

Die nächsten allgemeinen Wahlen wären turnusmäßig im Frühjahr 1972 fällig gewesen. Für eine Vorverlegung des Wahltermins sprach aus der Sicht des Congress-R jedoch:

1. Der Zwang, jede politische Entscheidung durch Oppositionsstimmen absichern und durch Zugeständnisse an congressfremde Regionalismen und Ideologismen erkaufen zu müssen, ließ den Entschluß entstehen, möglichst bald die Flucht nach vorn anzutreten und in frühen Wahlen zu versuchen, wieder für den Congress-R die absolute Mehrheit zu erringen.
2. Die Zwischen- und Nachwahlen des Jahres 1970 hatten gezeigt, daß der Congress-R trotz unzureichender Parteiorganisation über mehr Anziehungskraft verfügte als jede andere Partei. (Von 29 Landtagsnachwahlen zwischen Januar und Oktober 1970 hatte der Congress 15, von 10 Lok Sabha-Wahlen 5 für sich entschieden, die Regionalparteien hatten einen relativ großen Anteil errungen, während die nationalen Oppositionsparteien wie SSP, PSP, CPM und Swatantra leer ausgingen.) Noch überzeugender wirkte die Zwischenwahl in Kerala im Sommer 1970, in der dem Congress-R in einem Bündnis mit der CPI ein überwältigender Sieg und eine Ausschaltung der Marxisten gelang, was in Kerala schon gar nicht mehr für möglich gehalten wurde.
3. Die sich anbahnende Anticongress-Frontbildung auf nationaler Ebene zwischen 4–5 Parteien ließ es geboten erscheinen, dieser Front gar nicht erst Zeit zur Konsolidierung zu gewähren, sondern ihr möglichst frühzeitig entgegenzutreten.

4. Solange der alte Congress in allen Gliedstaaten ebenso wie im Zentrum dominierte, wirkte sich eine synchrone Durchführung von Landtags- und Parlamentswahlen stets äußerst positiv für den Congress aus. Da aber nun der Congress-R in 9 Staaten (West-Bengalen, Bihar, Uttar Pradesh, Punjab, Orissa, Gujerat, Mysore, Tamilnad, Kerala und Delhi) nicht mehr über die Mehrheit in den Landtagen verfügte und statt dessen regionalistische Parteien oder regionale Fronten dominierten, nahm man an, daß nun eine kombinierte Landtags/Lok Sabha-Wahl, die regionalistische Emotionen wecken würde, auch auf nationaler Ebene den Congress schwächen und eine Vielzahl regionalistischer Splittergruppen in die Lok Sabha bringen würde. Um dies zu verhindern, schien der Führung des Congress-R eine Trennung von Assembly- und Lok Sabha Wahl angebracht – zum erstenmal in der Geschichte der indischen Union.
5. Die verbesserte Wirtschaftslage, vor allem im Bereich der Agrarproduktion, sprach für eine baldige Wahl. Eine schlechte Ernte war für 1971 nie von vornherein auszuschließen, und was eine schlechte Ernte für den Ausgang einer Wahl bedeuten kann, wurde in der „Anticongress-Wahl“ 1967 unmißverständlich demonstriert.
6. Unmittelbarer Auslöser für diese Entscheidung Indira Gandhis war – laut Jagjivan Ram⁵ – die Tatsache, daß der Oberste Gerichtshof, der sich in ihren Augen bereits im Fall der Bankenverstaatlichung als Hindernis erwiesen hatte, den Präsidentenerlaß zur Aberkennung der Fürstenprivilegien als verfassungswidrig und damit für hinfällig erklärte. (Der ursprünglich dem Parlament vorgelegte entsprechende Verfassungsänderungsantrag hatte zwar in der Lok Sabha, nicht jedoch in der Rajya Sabha die Zweidrittelmehrheit erhalten, worauf Indira Gandhi durch einen Präsidentenerlaß Änderungen an einem an sich nebensächlichen Definitionsartikel der Verfassung vornahm, was von den einen als „elegante“ Lösung des Problems, von den anderen als gefährlicher Präzedenzfall einer Verfassungsmanipulation bezeichnet wurde.) Dieser Rückschlag hatte Indira unmißverständlich vor Augen geführt, daß die Komposition der Lok Sabha baldmöglichst entscheidend geändert werden mußte, damit gegebenenfalls auch Verfassungsänderungen ohne anfechtbare Präsidentenerlasse beschlossen werden können.

Entgegen den Kalkulationen des Congress-R wurden in 3 Gliedstaaten Landtagswahlen synchron mit den Lok Sabha-Wahlen ausgeschrieben:

a) West-Bengalen

West-Bengalen stand bereits seit Monaten unter direkter Verwaltung Delhis. Die äußerst aktiven lokalen politischen Kräfte drängten auf eine baldige Wahl. Angesichts der unsicheren „Law and Order“-Situation in diesem Staat (täglich 6–8 politische Morde vornehmlich durch Naxaliten, von denen bis zum November 1970 4500 angebliche Mitglieder verhaftet wurden⁶) zögerte die Zentralregierung bis zum Februar mit der endgültigen Entscheidung für die Wahlen.

⁵ Times of India, 14. 2. 1971.

⁶ Indian Nation (Patna), 9. 11. 1970.

b) Orissa

Nach dem Auseinanderbrechen der Swatantra-Jana Congress Koalition am 9. 1. 1971, die dem Staat über 4 Jahre eine der stabilsten Regierungen in Indien gegeben hatte, wurden auch in Orissa Landtagswahlen für Anfang März ausgeschrieben, obwohl der (Congress-R) Gouverneur dies durch Manipulation zu verhindern versucht hatte⁷.

c) Tamilnad

Für die DMK, die unangefochten mit ausreichender Mehrheit die Regierungsgewalt ausübte, hätte an sich keine Veranlassung bestanden, dem Beispiel des Congress in Delhi zu folgen. Die Tatsache jedoch, daß der Congress-O unter Kamaraj seit Anfang 1970 sprunghaft wieder mehr und mehr Fuß zu fassen begann, ließ es der DMK-Führung ratsam erscheinen, möglichst früh das Mandat der Wähler zu erneuern, bevor Kamaraj seine Position weiter konsolidieren könnte.

Polarisierung der politischen Kräfte und Allianzen

Obwohl in der Presse und in politischen Zirkeln bereits seit Monaten über die Möglichkeit von Neuwahlen diskutiert wurde, zeigten sich fast alle Parteien überrascht, als Indira Gandhi tatsächlich zu diesem Mittel griff. Nach anfänglichen Protesten arrangierten sie sich mit der Herausforderung, um nicht den Eindruck der Schwäche und mangelnder Vorbereitung zu erwecken.

In den Oppositionsrängen wurde sofort die Diskussion um ein Wahlbündnis forciert. Nachdem 1967 dem damals noch geeinten Congress die empfindlichsten Schläppen gerade durch Wahlabsprachen in West-Bengalen, Madras und Kerala beigebracht wurden, glaubte man nun den Schlüssel gefunden zu haben, mittels dessen man den Congress-R auch im Zentrum endgültig aus dem Sattel heben wollte.

Die Zeichen für ein derartiges Bündnis waren Anfang Dezember 1970 auf der Lucknow-Konferenz des AICC (Congress-O) gesetzt worden, auf der mit großer Mehrheit (448 gegen 7 Stimmen)⁸ die von Morarji Desai, Nijalingappa, Sanjeeva Reddy, Ashok Mehta sowie letztlich auch Kamaraj geforderte Allianz-Resolution angenommen wurde. Die Gegner dieser Politik kamen vor allem aus der Congress-O-Hochburg Gujerat, jedoch auch Atulya Ghosh, Ram Subhag Singh, S. K. Patil und die beiden Congress-O-Chiefminister Hitendra Desai und V. Patil steuerten einen zurückhaltenden Kurs, da sie immer noch auf eine Congress-Wiedervereinigung hofften⁹.

Dieses Angebot wurde sogleich von dem Präsidenten der liberalkonservativen Swatantra-Partei Mino Masani aufgegriffen, der noch einen Schritt weiterging und eine „Grand Alliance“ aller demokratischen Kräfte mit gemeinsamer Organisation, gemeinsamem Programm und Symbol und für den Fall einer Wahl gemeinsamen

⁷ Die Parlaments- sowie Landtagsauflösungen belebten erneut die Grundsatzdiskussion, wie weit der Präsident bzw. der Gouverneur auf Empfehlung des Regierungschefs verpflichtet sei, Neuwahlen auszuschreiben. Die Ereignisse in UP, Orissa und Delhi verstärken den Verdacht, daß der Congress-R diese Frage weniger prinzipiell, sondern jeweils nach eigenem Vorteil entscheidet. Hierzu: Statesman, 27. 12. 1970.

⁸ Indian Express, 8. 12. 1970.

⁹ Statesman, 9. 12. 1970.

Kandidaten forderte. Masani wie Rajagopalachari, die die wachsende Schwäche ihrer Partei (vor allem in der bisherigen Hochburg Gujerat) spürten, waren sogar bereit, ihre Partei mit einer neuen politischen Gruppierung zu verschmelzen. Diese Gruppierung schien nach einer gemeinsamen Erklärung der Präsidenten der drei rechts gerichteten Parteien Congress-O (Nijalingappa), Jan Sangh (A. Vajpajee) und Swatantra (Masani) wenige Tage nach der Parlamentsauflösung Gestalt anzunehmen. Lediglich im Congress-O zögerten Kräfte um Ram Subhag Singh vor einer voreiligen Festlegung, um die Möglichkeit einer breiteren Front auch mit sozialistischen Gruppierungen (man dachte vor allem an die Samyukta Socialist Party) offen zu lassen.

Beide sozialistischen Parteien hielten zum Jahreswechsel in Maharashtra, nur wenige Meilen voneinander getrennt, ihre Parteitage ab, auf denen sie ihre Positionen in der sich abzeichnenden Polarisierung absteckten. Selten zuvor waren die Divergenzen in der sozialistischen Bewegung Indiens so hervorgetreten wie gerade auf diesen Konferenzen¹⁰. Während sich die gemäßigte Praja Socialist Party (PSP) unter Goray für ein Bündnis mit dem sich radikaler gebärdenden Congress-R entschied¹¹, trat die an sich radikalere SSP, deren Führer Raj Narain und Madhu Limaye den Nehru-Haß ihres verstorbenen Gründers Dr. R. M. Lohia auf Nehrus Tochter Indira Gandhi übertragen hatten, für ein Wahlbündnis mit den drei Rechtsparteien ein.

Damit war jedoch Masanis „Grand Alliance“-Idee, die ja von einem auf ideologischer Konvergenz beruhendem gemeinsamen Programm ausging, grundsätzlich in Frage gestellt. Am 3.1.1971 eilte die SSP-Führung von ihrem Parteitag unmittelbar zu den Allianzgesprächen nach Delhi, wo es ihnen in kürzester Zeit auf einer dramatischen Sitzung gelang, Masani zu isolieren und die Führer des Congress-O und des Jan Sangh auf ihr Minimalprogramm (Beschränkung auf lose Wahlabsprachen ohne ideologische Festlegung mit dem alleinigen Ziel, Indira Gandhi zu stürzen) festzulegen¹². Masani kündigte daraufhin eingedenk der schlechten Erfahrung mit derartigen nur durch „Anticongressism“ zusammengehaltenen Koalitionen ein Ausscheren seiner Partei an, wich jedoch auf Druck Rajagopalacharis zurück und schloß sich am 8. 1. dem nun von kurzfristigem Opportunitätsdenken bestimmten Bündnis an. Die Chancen einer Mobilisierung von Wählerstimmen auf der Grundlage ideologischer Konfrontation war damit vertan. Die Vorstellung der SSP, daß die Wahlen allein durch ein „Einpunkt-Anti-Indira-Programm“ bei kurzfristiger Zurückstellung ideologischer Divergenzen zu gewinnen seien, hatte sich durchgesetzt.

Der Versuch, die Kulakenpartei Bharatya Kranti Dal (BKD), die zu einer ausschließlichen Domäne Charan Singhs geworden war, für die Allianz zu gewinnen, scheiterte auf Grund der allzu schwankenden Haltung Charan Singhs, der hoffte, nach den Wahlen in Delhi durch Flexibilität und Opportunismus eine ähnliche Schlüsselposition erlangen zu können wie zuvor in Uttar Pradesh.

Der Congress Indira Gandhis seinerseits tastete die Möglichkeit von Wahlbündnissen mit der CPI und PSP einerseits, mit regionalistischen Parteien wie DMK,

¹⁰ Am 10./11. 1. 1971 wurde in UP (Deoria) von Absplitterungen aus SSP und PSP eine geeinte „Socialist Party of India“ gegründet, die jedoch in der Wahl nicht in Erscheinung trat. Indian Express, 14. 1. 1971.

¹¹ Statesman, 4. 1. 1971.

¹² Statesman, 4. 1. 1971.

Sant Akali Dal, Bangla Congress und Telangana Praja Samithi andererseits ab. Während ein gesamtindisches Bündnis mit der CPI vor allem am Widerstand des Congresspräsidenten Jagjivan Ram scheiterte, führten die Verhandlungen mit der PSP wegen überzogener Forderungen dieser Partei sowie der allzu bevorzugten Behandlung von PSP-Überläufern seitens des Congress-R zu einem Abbruch¹³. Damit verzichtete der Congress-R auf gesamtindische Verbündete, arrangierte sich jedoch auf regionaler Ebene dort, wo er sich nicht stark genug fühlte, mit „likeminded“ Parteien wie der All Parties Hill Leaders Conference in Nagaland, der Jharkand Party in Südbihar. Während die Allianzgespräche mit dem Bangla-Congress, der Sant Akali Dal und der sehr konkrete Autonomiekonzessionen fordernden Telangana Praj Samithi scheiterten, wurde in Kerala das CPI-Congress-R-Bündnis, das sich in den Zwischenwahlen als so erfolgreich erwiesen hatte, neu belebt. In verschiedenen Staaten kam es zu Absprachen mit der neu entstandenen Muslim League. In Madras sah sich der Congress-R der DMK gegenüber nach dem Grundsatz „Gib mir einige Parlamentssitze und ich verzichte dafür auf jegliche Assemblykandidaturen“ nach ungeschicktem Taktieren Subramaniam zu einem totalen und demütigenden Zugeständnis gezwungen, was zu einer Revolte in dem sich geradezu verraten fühlenden Congress-R in Madras führte. Obwohl der Congress-R für eine Stärkung der Zentralgewalt eintrat, war er hier zu einer aktiven Unterstützung der lautstärksten Regionalpartei bereit.

Insgesamt stellte der Congress-R für 518 Wahlkreise 442 eigene Kandidaten auf und überließ den Rest seinen regionalen Bündnispartnern.

Die gegen Indira Gandhi gerichtete „Alliance“ einigte sich nach wochenlangem Tauziehen auf Wahlabsprachen in 460 Wahlkreisen, 60 Wahlkreise wurden als „offen“ bezeichnet. Während sich die Swatantra-Partei äußerst kompromißbereit zeigte und sich selbst in ihrer traditionellen Hochburg Gujerat mit einem kleineren Anteil an Wahlkreisen zufriedengab, als sie in dem aufgelösten Parlament besessen hatte, trat der Jan Sangh, der den Congress-O und Swatantra als sterbende Parteien betrachtete, besonders hart auf und forderte für sich den Löwenanteil (z. B. 60 der 85 UP-Wahlkreise, 42 der 53 Bihar-Wahlkreise.) Einigung konnte in vielen Fällen deshalb nicht erzielt werden, weil Selbst- und Fremdeinschätzung zu weit auseinanderklafften. Und selbst dort, wo auf nationaler Ebene Einigung erzielt wurde, entstanden die vielfältigsten Schwierigkeiten bei der Transponierung dieser Entscheidung auf die regionale und lokale Ebene. Nur in den seltensten Fällen kam es zur Unterstützung von Allianz Kandidaten durch alle Partner der Allianz; häufiger gab man sich mit Stillhalteabkommen zufrieden, und nicht selten lehnte sich die lokale Parteiorganisation gegen die Entscheidung der nationalen Gremien auf, die sie als Aufoktroierung von Kandidaten empfanden, welche sie bis gestern noch erbittert bekämpft hatten. So weigerte sich z. B. der Jan Sangh lange, in Rajkot (Gujerat) auf eine eigene Kandidatur gegen den Swatantra-Präsidenten Masani zu verzichten, und in Bombay-Süd, wo S. K. Patil (Congress-O) nur widerwillig dem Gewerkschaftsführer Georges Fernandes (SSP) gewichen war, stellte der Congress-O mit Shiv-Sena-Unterstützung den Industriellen Naval Tata als Unabhängigen auf,

¹³ Die PSP hatte sich seit dem Parteiwechsel Ashok Mehtas, Sucheta Kripalanis, Chandrashekars u. a. stets als besonders anfällig für Überläufer gezeigt. Drei Tage nach der Parlamentsauflösung schlossen sich in Mysore zwei PSP-MPs dem Congress-R an und wurden umgehend vom Congress für ihre alten Wahlkreise nominiert.

um dadurch Fernandes zu schlagen. Bihar erwies sich als der unkalkulierbarste Staat, in dem nur für 13 Wahlkreise (von 53) eine Einigung unter den Allianzpartnern erzielt werden konnte¹⁴. Und selbst dort, wo nach außen hin die Einigkeit gewahrt blieb, wurden häufig nicht genehmen Allianz Kandidaten durch Aufstellung angeblich unabhängiger Kandidaten Fußangeln gelegt.

Die ideologische Inkongruenz der Allianzpartner ließ somit eine gemeinsame Basis gar nicht erst entstehen. Während die Swatantra auf ein eigenes Wahlmanifest verzichtete und das 10-Punkte-Programm des Congress-O vom Juni 1970 als gemeinsames Manifest akzeptierte, gingen der Jan Sangh und die SSP mit separaten Manifesten in die Wahl, auf deren unterschiedliche Positionen hier nicht näher eingegangen werden kann. Selbst der Versuch, eine gemeinsame Erklärung über den nach den Wahlen einzuschlagenden Kurs zu formulieren, scheiterte¹⁵.

Die oft über alle ideologische Positionen hinweg vorgenommenen Allianzbildungen stellten Parteiorganisationen und Parteidisziplin vor kritische Belastungsproben. Jede Entscheidung für oder wider ein Bündnis mit anderen Parteien führte zu einer Infragestellung der innerparteilichen Führungsstruktur. So fiel es vielen Congress-O-Mitgliedern, die sich dieser Partei bei der Congress-Spaltung lediglich auf Grund persönlicher Loyalität zu Congress-Führern wie Morarji Desai, Nijalingappa oder Sanjeeva Reddy angeschlossen hatten, nun schwer, sich in einer Allianz mit „feudalreaktionären“ oder „kommunistischen“ Gruppierungen zu identifizieren. Kurz vor und nach der Parlamentsauflösung liefen in Gujerat und Mysore je 3 Kabinettsminister, in Andhra Pradesh sogar der Generalsekretär des Congress-O zum Congress-R über. Wenn auch diese Übertritte oft genug opportunistisch motiviert waren, zeigt sich darin doch eine Verunsicherung traditioneller Congress-Anhänger sowie eine Entfremdung vor allem der dem Congress-O bislang nahestehenden Muslime in Mysore, die ein Bündnis mit dem Jan Sangh als Zumutung empfinden mußten¹⁶. Die sofortige Integration in den Congress-R geschah in allen Fällen — ähnlich wie bei den PSP-Überläufern — reibungslos.

Die Verhandlungen um den Anschluß an die eine oder andere Allianz führte bei SSP¹⁷, PSP¹⁸, Republican Party of India¹⁹, in der Jharkand Party, Sant Akali Dal²⁰ und im Forward Bloc in Madras zu zeitweiligen Spaltungen in unterschiedliche Fraktionen. Während die CPM sich in den letzten 4 Jahren ohnehin in die Isolierung manövriert hatte, befand sich die CPI in einem Dilemma. Während S. A. Dange im Dezember noch mit Hiren Mukherjee in der Ablehnung eines Bündnisses mit dem Congress-R einig war, befürwortete er im Januar ein Zusammengehen mit dem Congress, um dann nach dessen Ablehnung enttäuscht von der Wahlkampfplattform zurückzutreten und sogar auf seinen traditionellen Bombay-Wahlkreis zu verzichten.

¹⁴ Times of India, 12. 2. 1971.

¹⁵ Indian Express, 16. 1. 1971.

¹⁶ Statesman, 3. 2. 1971.

¹⁷ Während die SSP mehrheitlich hinter Raj Narain, M. Limaye, Karpoori Thakur und G. Fernandes stand, gruppierte sich um S. M. Joshi eine starke Dissidenten-Gruppe. In Bengalen und Kerala scherte die SSP offen aus der Allianz aus. Times of India, 15. 1. 1971.

¹⁸ Der PSP-Führer Kamath stellte sich offen gegen die Entschlüsse des Parteitages und arrangierte sich lokal mit der „Allianz“.

¹⁹ Die Harijan-Partei RPI ist schon seit geraumer Zeit in zwei Flügel gespalten. Während die Gaiwad-Gruppe mit dem Congress-R zusammenging, schloß sich die Khorbargade-Gruppe der Allianz an. Times of India, 23. 1. 1971.

²⁰ Statesman, 10. 3. 1971.

Congressinterne Auseinandersetzungen um die Selektion von Kandidaten

Bei der Festlegung der offiziellen Kandidatenlisten des Congress-R im Central Parliamentary Board stießen mehrfach die Interessen Indira Gandhis einerseits und der bereits totgeglaubten „State-Bosses“ aufeinander. Es ging letztlich darum, wem die zukünftigen Abgeordneten der Congresspartei in der Lok Sabha primär loyal sein würden. Während Indira Gandhi versuchte, möglichst viele Kandidaten ihrer Wahl aussichtsreich zu plazieren, wurde dieses Ansinnen besonders von den Führern der vom Congress-R regierten Staaten zunichte gemacht (Brahmananda Reddy in Andhra, Chavan und V. P. Naik in Maharashtra, S. C. Shukla in Madhya Pradesh, besonders ausgeprägt auch Jagjivan Ram in Bihar), die mit Erfolg fast ausschließlich ihnen loyale Kandidaten aufstellten. Chavan und Naik gingen sogar so weit, 8 Kandidaten, die während der Präsidentenwahl für Indiras Kandidaten Giri und nicht für (den von Chavan unterstützten) Sanjeeva Reddy gestimmt hatten (Chavan wechselte erst danach die Fronten), von der Liste zu streichen, und auch eine Intervention Indira Gandhis nutzte diesen ehemaligen Parlamentariern wenig²¹. Nur für Tulsidas Yadav konnte noch in Madhya Pradesh – gegen den Widerstand Shuklas – ein Wahlkreis gefunden werden, die übrigen Indira-Anhänger wurden fallengelassen.

In diesem Insistieren von Congresspolitikern auf ihren „eigenen“ Kandidaten zeigt sich die sehr begrenzte Loyalität dieser „Congress-Bosse“ Indira Gandhi gegenüber, die sich auch für die Zukunft besonders angesichts der erwarteten knappen Mehrheitsverhältnisse und möglichen Machtkämpfe ihre Machtbasis in der Lok Sabha erhalten wollten, um nicht auf Gedeih und Verderb auf Indira angewiesen zu sein. In dieser Hinsicht wird man in Zukunft das Taktieren der ohnehin mehr rechts von der Mitte stehenden Chiefminister Reddy, Shukla und Naik, jedoch auch Chavans und Jagjivan Rams zu beobachten haben.

Bei der Auswahl der Kandidaten Mysores, Gujerats, Haryanas, Punjabs und Uttar Pradeshs überließ man Indira Gandhi hingegen weitgehend die letzte Entscheidung²². Bei einem Erfolg des Congress-R in Uttar Pradesh (mit 85 Wahlkreisen) dürfte damit Indira Gandhi zum erstenmal über eine solide regionale Basis verfügen.

Generell wurde vom Congress-R die Maxime verfolgt, daß diejenigen Parlamentarier, die sich bei der Spaltung für Indira Gandhi entschieden hatten, wieder aufgestellt wurden. Mitglieder der Rajya Sabha und von Landtagen sollten in der Regel nicht aufgestellt werden, um die in diesen Gremien herrschenden Mehrheitsverhältnisse nicht zu ungunsten des Congress zu verändern. Die Liste des Congress-R wurde bis kurz vor Schluß offengehalten für potentielle Überläufer aus anderen Parteien.

Die Gesamtzahl der Lok Sabha-Kandidaten war mit 2777 für 518 Sitze wiederum größer als bei der vorausgehenden Wahl (1957 = 1594 Kandidaten, 1962 = 1983, 1967 = 2369). Mehr und mehr politische Gruppierungen rechneten sich Chancen auf eine eigene Vertretung in Delhi aus und stellten eigene Kandidaten auf. In Bihar z. B. bewarben sich durchschnittlich 8 Kandidaten pro Wahlkreis.

Die Industrie stellte etwa 50 eigene Kandidaten in verschiedenen Parteien auf (her-

²¹ Statesman, 10. 3. 1971.

²² Statesman, 7. 1. 1971.

vorstehend Naval Tata²³ und K. K. Birla), von den um ihre Existenzgrundlage bangenden Fürsten bewarben sich insgesamt 31 um ein Mandat²⁴, überwiegend für Jan Sangh und Swatantra in den Staaten Rajasthan, Madhya Pradesh und Orissa²⁵. Die Filmindustrie machte ihre bombastische Ankündigung, 100 Filmstars kandidieren zu lassen, nicht wahr²⁶. Aus Uttar Pradesh wurde die Kandidatur von 10 Sadhus gemeldet²⁷.

„Indira Hatao“ versus „Indira Bachao“

Mehr als je zuvor wurde der Wahlkampf um eine Person geführt: Indira Gandhi. Vom Congress-R wurde die Kampagne ganz gezielt auf ihre Person zugeschnitten, sie selbst bekannte freimütig „I am the issue“. Während Nehru selbst auf dem Höhepunkt seiner Macht sich stets mit dem Congress identifiziert hatte, wurde nun der Congress-R mit Indira indentifiziert. Mit dem zentralen Slogan „Vote Congress, Strengthen my hands“ wurde sie zur Verkörperung der Partei; die an sich der CPI nahestehende Boulevardzeitung BLITZ versuchte Indira zur Inkarnation des Volkswillens aufzubauen: „Indira is you, vote yourself to power!“

Da keine der beiden Congressparteien das traditionelle Wahlsymbol des Ochsen gespanns zugesprochen bekam und die wenigen Wochen nicht ausreichten, die Wähler mit dem neuen an sich nicht weniger wirkungsvollen Symbol „Cow and Calf“²⁸ vertraut zu machen, entwickelte sich Indira gewissermaßen selbst zum Symbol ihrer Partei. (Das führte dazu, daß am Wahltag an verschiedenen Orten Wähler ausschließlich Indira Gandhi wählen wollten und auf ihre Stimmabgabe verzichteten, als sie Indiras Namen nicht auf dem Wahlzettel fanden²⁹.)

Indira Gandhi war denn auch die einzige nationale Politikerin, die diesen Wahlkampf in jeden Staat der Union trug. Sie wagte sich in die Hochburgen der Opposition, griff in Gwalior den Jan Sangh, in Ahmedabad ihre einstigen Congresskollegen (Morarji Desai u. a.), in Calcutta den Marxisten Jyoti Basu an. Sie stützte sich dabei auf eine äußerst effiziente Wahlkampfmaschinerie, die keine Bedenken zeigte, gegen Proteste der Opposition die Vorteile, welche die Position als Regierungschefin bietet, voll auszuschöpfen. So war Indira ständig mit einem – zu nominalen Preisen gemieteten –³⁰ Militärflugzeug unterwegs, mit Hubschraubern flog sie von Distrikt zu Distrikt und mutete sich Tag für Tag bis zu 14 Wahlveranstaltungen zu. Nur so konnte sie einen Staat von der Ausdehnung Maharashtras in eineinhalb Tagen wirkungsvoll

²³ Als unabhängiger Kandidat mit dem Wahlsymbol der Lokomotive, einst das Prestige-Produkt des Tatakonzerns.

²⁴ U. a. Angehörige der Fürstenhäuser von Bhopal, Baroda, Udaipur, Jaipur, Gwalior, Bikaner, Jhodpur, Pataudi.

²⁵ Indian Nation, 27. 2. 1971.

²⁶ Statesman, 30. 12. 1970. (Die DMK hatte 1967 mit Filmstars als Kandidaten und Wahlhelfer recht beachtliche Erfolge erzielt.)

²⁷ Amrita Bazar Patrika, 30. 1. 1971.

²⁸ Der Congress-O bekam das Gandhische Symbol des Spinnrades zugesprochen. Der Jan Sangh protestierte bei der Election Commission gegen das Congress-R-Symbol. „... a cow feeding a calf is a religious sacrament accompanying the performance of pradakshana around the gods and therefore it is essential to keep it out of politics.“ Statesman, 28. 1. 1971.

²⁹ Indian Nation, 4. 3. 1971.

³⁰ Eine Klage hiergegen wurde vom Delhi High Court abgewiesen.

bereisen; und schon nach zwei Tagen Kampagne in Orissa glaubte die lokale Parteiorganisation, daß der Wind zugunsten des Congress-R umgeschlagen sei. Kandidaten, deren Wahlkreise nicht von Indiras Reiseroute berührt wurden, veranschlagten allein deshalb ihre Chancen sehr pessimistisch³¹. Dort wo sie nicht persönlich auftreten konnte, wurden Tonbänder mit ihren Reden abgespielt. Sie selbst stellte sich als Verbündete der „Havenots“ dar, vermied jedoch gleichzeitig jede radikale Äußerung gegen die Privatindustrie, die Prinzen oder das Grundrecht auf Eigentum. In großen Wahlanzeigen präsentierte der Congress-R sie als:

„Loved by the nation and respected abroad, Indira Gandhi embodies today the nation's aspirations for a better future.

She is the only leader of international stature, who links the traditions and sacrifices of the freedom struggle with the hopes and promises of the future.“³²

Indira wurde mit einer starken Zentralregierung, die Indien nötiger denn je brauche, gleichgesetzt.

Die Opposition – in besonderer Weise die Allianzpartner – stellte sich ihrerseits völlig auf diesen personalisierten Wahlkampf ein. Ihr Dilemma bestand nur darin, daß sie Indira keine gleichrangigen Politiker entgegensetzen hatte. Zwar traten im Laufe des Wahlkampfes im Süden Kamaraj, im Norden A. Vajapajee (Jan Sangh) mehr und mehr in den Vordergrund, es gelang jedoch niemandem, sich als potentieller Chef einer alternativen Regierung zu profilieren – ganz davon abgesehen, daß man in der „Allianz“ noch gar nicht gewagt hatte, Führungsfragen für den Fall eines Wahlsieges zu besprechen, um die mühsam errichtete Einheitsfassade nicht sofort wieder an immanenten Rivalitäten in die Brüche gehen zu lassen. Die „Allianz“ mußte sich somit mit einer Anti-Indira Kampagne zufriedengeben, ohne positive Alternativen präsentieren zu können.

Im Gegensatz zur Auseinandersetzung um die Person Indira Gandhis trat die eigentlich politisch-ideologische Diskussion in den Hintergrund. Die Wahlmanifeste fast aller Parteien zeichneten sich durch Mäßigung aus. Der Congress-R war bemüht, sich sichtbar von den Kommunisten abzusetzen; das Grundrecht auf Eigentum wurde hervorgehoben, selbst dem privaten Wirtschaftssektor wurde eine positive Rolle zugestanden, von Jahresplänen war kaum die Rede. Es war wieder ein „sowohl als auch“-Programm. Der Jan Sangh verzichtete auf seine extremen Positionen in der Sprachen- und Kuhschlachtfrage; in seinem Wirtschaftsprogramm blieb er ähnlich vage wie in früheren Jahren. (So versprach er einen Swadeshiplan mit einer jährlichen wirtschaftlichen Wachstumsrate von 10% und Vollbeschäftigung in fünf Jahren, wobei indirekt Anleihen bei der Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten gemacht wurden.) Die „Allianz“ konzentrierte sich auf drei Vorwürfe gegen die Regierung:

1. Gefährdung des Eigentums – ein Argument, das in einem Bauernland wie Indien zum „Wahlschlager“ werden konnte.
2. Bündnis Indiras mit den Kommunisten.
3. Assistenz Indiras bei der Wiederbelebung der Muslim-League.

³¹ Siehe Beschwerde des Kandidaten von Giridih (Bihar), Indian Nation, 25. 2. 1971.

³² Immer wiederkehrende Zeitungsanzeige des Congress-R.

Kritik an der Wahlkampf-führung und -finanzierung der Regierungspartei

Der Congress-R zehrte nicht nur vom Charisma Indira Ghandis, sondern er verfügte auch über die Regierungsmaschinerie sowie nicht näher bestimmbare Finanzquellen, so daß er den aufwendigsten Wahlkampf führen konnte.

Geldspenden aus der Wirtschaft an politische Parteien sind seit 1968/69 nicht mehr erlaubt. (1966/67 hatte der Congress noch von 8,8 Millionen Rs. 6,6 Millionen Rs., 1967/68 von 9,6 Millionen Rs. 7,5 Millionen Rs. auf sich lenken können.)³³ Die Folge dieses Verbotes ist jedoch lediglich, daß fortan das Geld vollkommen unkontrolliert in die Kassen einzelner Parteien wandert. Sobald die Wahlen ausgerufen waren, wurde sofort der Verdacht laut, daß die Congressregierung plötzlich äußerst freizügig mit der Vergabe von Industrielizenzen verfuhr, um sich die in den Genuß der Lizenzen kommenden Konzerne und Industriellen zu verpflichten. Die Wahlkommission ging diesem Verdacht nach und erhielt die offizielle Auskunft der Regierung, daß in den Monaten Juni–November durchschnittlich monatlich 59, im Dezember jedoch allein 88 Lizenzen vergeben wurden. In wenigen Tagen des Dezember wurden äußerst kurzfristig 53 Lizenzen mit einem Volumen von insgesamt 7 Milliarden Rs. zugeschlagen³⁴.

Der auch vom Congress-R am meisten ob seiner monopolistischen Praktiken kritisierte Birla-Konzern erhält schon seit geraumer Zeit die meisten Industrielizenzen. Seine Zeitung HINDUSTAN TIMES unterstützt Indira Gandhi stärker als jede andere überregionale Tageszeitung. Die Birlas setzten jedoch nicht nur auf den Congress-R; K. K. Birla kandidierte für die Swatantra-Partei von Rajasthan.

Auch ein anderer nicht minder schwerwiegender Verdacht wurde nicht ausgeräumt: Ohne Jeeps ist in Indien, zumal in den überwiegend ländlichen Regionen, keine Wahl zu gewinnen. Um den über Nacht auftretenden Bedarf an Jeeps für die eigene Partei zu decken, veranlaßte die Congress-Regierung, daß 2000 bis 3000 fabrikneue Jeeps (Hersteller Mahindra & Mahindra), die bereits fest für die Ministerien für Verteidigung, Landwirtschaft und Community Development bestimmt waren, zurückgehalten und an die Congress-Partei gegeben wurden, wobei die Finanzierung des Vorhabens (40–60 Millionen Rs.) ebenso unklar blieb wie der Rückgabemodus³⁵.

Die Wahlkampffinanzierung ist ohnehin ein wunder Punkt der indischen Demokratie. Die Kosten für eine Kandidatur sind von Wahl zu Wahl so ins Unermeßliche gestiegen, daß die gesetzliche Höchstgrenze der Ausgaben für einen Lok Sabha-Kandidaten (1971 von 25 000 auf 35 000 Rs. erhöht) von kaum einem Kandidaten eingehalten wird. Um einen Lok Sabha-Wahlkreis mit einer halben Million Wählern mit 1000–1500 Dörfern auch nur einigermaßen wirksam zu erfassen, wird ein Minimum von 15–30 Jeeps veranschlagt³⁶. (Neupreis pro Jeep 22 000 Rs., bzw. 80–100 Rs. Miete pro Tag.) Die Zahl der Kandidaten, die zwischen 50 und 150 Jeeps einsetzen, wird von Wahl zu Wahl größer.

Der zweite ins Gewicht fallende Kostenpunkt sind die „Partyworkers“, die mit Ausnahme der CPI/CPM sowie des Jan Sangh für ihren Einsatz voll zu bezahlen sind³⁷.

³³ Economic Times, 5. 3. 1971.

³⁴ Times of India, 20. 1. 1971.

³⁵ Current, 30. 1. 1971; 6. 2. 1971.

³⁶ Economic Times, 23. 2. 1971.

³⁷ Im Kohlenrevier Bihars (Dhanbad-Wahlkreis) bezahlte ein als Kandidat auftretender Grubenmanager 10 Rs. pro Tag. Auf den Protest der eigenen Grubenarbeiter, die pro Tag

Um die 600 bis 800 Wahlbezirke „bearbeiten“ zu können, braucht ein Kandidat über 3–4 Wochen etwa 1000–2000 Partyworkers, eine weitere Ausgabe von 100 000 bis 250 000 Rs.

Die meisten Kandidaten müssen sich das Geld leihen oder sich in zweifelhafte Abhängigkeiten begeben. Sobald der Kandidat im Parlament sitzt, wird er dann versuchen, seine Verbindlichkeiten wieder auszugleichen und nach Möglichkeit für die nächste Wahl ein entsprechendes Polster anzulegen. Und dabei muß jeder Parlamentarier zu Beginn der Legislaturperiode einen Eid ablegen, daß er sich im Wahlkampf an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten hat. So nimmt es nicht wunder, daß das Santhanam-Committee bereits 1964 feststellt, daß die Art und Weise der Wahlkampffinanzierung „a major source of corruption in our national life“ ist³⁸.

Auch in einer anderen Hinsicht sind die Wahlen teuer geworden: in insgesamt 6 Gliedstaaten erzwangen die Beamten am Vorabend der Wahlen durch Streiks und Streikandrohungen – zu diesem Zeitpunkt verfügen sie über ein doppeltes Verweigerungspotential bezüglich der Stimmabgabe und der Wahlorganisation – Gehaltserhöhungen in Höhe von etwa 470 Millionen Rs. jährlich³⁹.

Das sensationelle Resultat

Die politischen Diskussionen in der indischen Öffentlichkeit drehten sich noch am Vorabend der Stimmauszählung darum, wie knapp der Sieg oder die Niederlage Indira Gandhis ausfallen würde. Spekulationen über die Chancen Indiras, auch bei Nichterlangung der absoluten Mehrheit erneut Regierungschefin zu werden, wurden in allen erdenklichen Variationen durchgespielt, die Zahl der möglichen Überläufer von der „Allianz“ zum Congreß-R oder gegebenenfalls auch umgekehrt wurde abgeschätzt. Doch all diese Spekulationen verstummten am Abend des 11. März, als die ersten Wahlresultate bekannt wurden. Ein Congress-R-Wahlsieg ungeahnten Ausmaßes zeichnete sich ab. Bereits nach den ersten 50 Ergebnissen stand die fast totale Niederlage der „Allianz“ fest.

nur etwa 3 Rs. verdienen, mußte der Kandidat das Gehalt der Partyworkers kürzen, was ihren Elan empfindlich dämpfte. Indian Nation, 15. 2. 1971; Link, 7. 3. 1971.

³⁸ Economic Times, 23. 2. 1971.

³⁹ Statesman, 3. 3. 1971.

Das Wahlresultat, so wie es sich inoffiziell am 15. März darstellte, ergibt folgende Sitzverteilung in der 5. Lok Sabha¹:

Partei	4. Wahl 1967	Stärke unmittelbar nach der Lok Sabha-Aufl.	5. Wahl 1971
Congress (ungeteilt)	283		
Congress-R		230	350
Congress-O		65	16
Swatantra	42	35	8
Jan Sangh	35	33	22
Praja Socialist Party	13	11	2
Samjukta Socialist Party	23	17	3
CPI	23	24	23
CPM	19	19	25
DMK	25	24	22
Telangana Praja Samithi	—	—	10
Sant Akali Dal	3	3	1
BKD	—	10	1
Andere Parteien	12	21	18
Unabhängige	42	25	13
Vakanzen	—	3	
Total	520	520	514

¹ Die Wahl in vier Wahlkreisen steht noch aus.

Die **Landtagswahlen** in West-Bengalen führten zu einer klaren Polarisierung zwischen CPM und dem wiedererstarkten Congress-R. Keine der beiden Parteien erhielt jedoch die absolute Mehrheit, so daß West-Bengalen erneut eine Koalitionsregierung erhalten wird. Auch in Orissa gewann keine Partei die absolute Mehrheit, der Congress-R vermochte seine Position jedoch auf Kosten fast sämtlicher Parteien entscheidend zu verbessern, so daß er die Swatantra-Partei wieder als dominierende Kraft verdrängte. Das Tamilnad-Resultat ist nicht weniger phänomenal wie das gesamtindische Wahlergebnis. Die DMK vermochte ihre absolute Mehrheit zur Drei-Viertel-Mehrheit auszubauen, der Congress-O unter Kamaraj hielt nicht entfernt das, was man — auch die DMK — von ihm erwartet hatte. Die Tatsache, daß der Congress-R in der Tamilnad-Landtagswahl auf eigene Kandidaten verzichtet hatte, ließ jedoch die DMK ganz entscheidend vom Indira-Trend profitieren.

Ohne einer detaillierten Analyse, die erst nach Vorlage sämtlicher Resultate vorgenommen werden kann, vorgeifen zu wollen, seien zum Abschluß stichpunktartig entscheidende wahlbeeinflussende Faktoren und Schlußfolgerungen skizziert:

1. Der hohe Wahlsieg des Congress-R ist nahezu ausschließlich ein Verdienst Indira Gandhis. Die hochgradige Personalisierung des Wahlkampfes hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Zwar beschreibt Indira Gandhi den Wahlsieg als einen Sieg des Volkes, womit sie jedoch im Grunde ihre Identifizierung mit dem Volkswillen fortsetzt. Die mangelhafte Parteiorganisation wurde mehr als aufgewogen durch das Charisma der Congressführerin. Zweit- und dritrangige Kandidaten, die bislang nicht über die Lokalpolitik hinausgetreten waren, konnten allein mit Indiras Namen Lok Sabha-Veteranen wie Sanjeeva Reddy, N. A. Ranga, Balraj Madhok, Ashok Mehta mit hohen Mehrheiten schlagen.

Sitzverteilung in den Landtagen
von West Bengal, Orissa und Tamilnad

Partei	West Bengal		1967	Orissa		1967	Tamilnad	
	1970	1971		1970	1971		1970	1971
Congress	5		31			49		
Congress-R	38	105		7	51		8	
Congress-O	13	2		2	1		41	15
Swatantra	—	—	49	49	36	11	11	6
Jan Sangh	—	1	—	—	—	—	—	—
PSP	5	3	21	21	4	4	4	4
SSP	9	1	2	2	—	2	1	—
CPI	30	13	7	7	3	2	3	8
CPM	80	111	1	1	2	11	10	—
DMK	—	—	—	—	—	138	137	184
Forward Bloc	21	3	—	—	—	7	7	7
Muslim League	—	7	—	—	—	2	2	6
Bangla Congress	33	5	—	—	—	—	—	—
Utkal Congress	—	—	—	23	31	—	—	—
Jana Congress	—	—	26	22	1	—	—	—
RSP	12	3	—	—	—	—	—	—
SUC	7	7	—	—	—	—	—	—
Gurkha League	4	2	—	—	—	—	—	—
Andere Parteien	13	10	—	—	4	—	—	—
Unabhängige	9	4	3	4	4	8	6	4
Vakanzen	—	—	—	1	—	—	4	—
	280	277 ¹	140	140	137 ¹	234	234	234

¹ Das Resultat aus drei Wahlkreisen lag am 16. 3. noch nicht vor.

2. Der Congress-Sieg läßt sich nicht allein durch die Unterstützung der Muslims, Harijans und Frauen erklären. Er erfaßt wesentlich weitere Kreise. In Zukunft wird man auch mit dem allzu oft leichtfertig verwandten Begriff des „Caste-voting“ vorsichtiger operieren müssen, da Kalkulationen dieser Art für die Oppositionsparteien fehlschlügen.
3. Die Sehnsucht nach einer starken Zentralregierung, die überfällige Wirtschaftsentscheidungen fällen, das Los der breiten Masse des Volkes endlich spürbar verbessern und die „Law and Order“-Situation wieder in den Griff bekommen kann, mußte sich auf Indira Gandhi konzentrieren. Es gab keine Alternative, keine andere Partei, kein anderer Politiker hätte an ihrer Stelle eine stabile Regierung bilden können.
4. Der größte Irrtum der Opposition bestand in der Annahme eines ähnlich starken „Anticongressism“ wie am Vorabend der 1967-Wahl, welcher der Opposition seinerzeit zu den größten Erfolgen seit der Unabhängigkeit verholfen hatte. Und was an Anti-Congressgefühlen noch existent war, wurde mehr als aufgewogen durch die Anziehungskraft Indira Gandhis. Die Spaltung des Congress 1969 hatte in den Augen der Wählerschaft den Congress-R von Ballast befreit und ihn wieder wählbar gemacht.
5. Die Wählerschaft erteilte jenen prinzipienlosen Anticongress-Koalitionen, die nach 1967 in verschiedenen Staaten zu so unübersichtlich chaotischen Verhältnissen geführt hatten, eine eindeutige Absage. Die „Allianz“ hatte, indem sie

- sich auf das SSP-Minimalprogramm einließ, die Chance verpaßt, eine programmatisch klar definierte Alternative zu Indira Gandhi aufzubauen. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob eine Allianz ohne SSP mit einheitlichen ideologischen Positionen ein wesentlich anderes Wahlergebnis erbracht hätte.
6. Der Congress-R faßte wieder Fuß in Staaten, in denen er 1967 verdrängt worden war (Kerala, West-Bengalen, Orissa, Punjab; Ausnahme: Tamilnad), womit er wieder in seine gesamtindisch beherrschende Position der Nehru-Ära gelangt.
 7. Das Congress-O Experiment ist fehlgeschlagen. Der Versuch der einst so mächtigen Congressführer Morarji Desai, Kamaraj, Nijalingappa, Sanjeeva Reddy, S. K. Patil, C. B. Gupta und Atulya Ghosh, ihre parlamentarische Machtposition (mit immerhin 65 Sitzen) gegen den rivalisierenden Indira-Congress auszubauen, ist mit dem Erfolg in nur 16 Wahlkreisen fehlgeschlagen. Der von den „Congress-Bossen“ verkörperte Old-Congress hat keine Zukunft mehr.
 8. Die sozialistischen Parteien (SSP, PSP) haben sich in die Position parlamentarischer Splittergruppen manövriert, sie haben vorerst als eigenständige politische Kraft in Delhi aufgehört zu existieren. Indira Gandhis „sozialistische“ Politik nahm ihnen die schmale ideologische Basis, die sie besessen hatten.
 9. Der Jan Sangh verlor gerade dort Stimmen, wo man ihm die größten Zuwachsraten prophezeit hatte: in seinen nordindischen urbanen Hochburgen. (So mußte er alle seine 6 Delhi-Sitze an den Congress-R abtreten.) Er konnte seine Position nur mit Hilfe von ehemaligen Fürsten in Rajasthan und Madhya Pradesh halten. Die Swatantra-Partei ist fortan eine regionale Splittergruppe, beschränkt auf Rajasthan und Orissa. Beide Parteien, die sich allzu gerne als regierungsfähige Rechtsalternative bezeichnet hatten, scheiden somit vorerst als bedeutende Oppositionsparteien aus. Die Swatantra-Partei dürfte kaum noch eine Zukunft haben; der Mythos des Jan Sangh als unausweichlich „kommende Partei“ ist vorerst zerbröckelt. Die Partei ist um 10 Jahre zurückgeworfen.
 10. Die Kommunisten konnten ihre Position leicht ausdehnen. Während sich die CPI nur dort behauptete, wo ihr vom Congress-R Wahlkreise überlassen worden waren, dehnten die Marxisten ihren Einfluß in West-Bengalen beträchtlich aus und kompensierten dadurch ihre Verluste in Kerala und Tamilnad. Mit dem Gewicht ihrer in Bengalen gewonnenen Sitze sind damit die Marxisten zur stärksten Oppositionsgruppe im Zentralparlament geworden.
 11. Das Bedürfnis nach einem starken Zentrum führte die Wähler von den regionalen Splittergruppen fort. Mit Ausnahme der im Indira-Boom schwimmenden DMK und der neu aufgetretenen Telangana Praja Samithi sind alle anderen Regionalparteien nur noch schwach oder gar nicht mehr vertreten (Vishal Haryana, Sant Akali Dal, Jharkand Party, Bangla Congress, Jana Congress, Janta Party, Shiv Sena).
 12. Die indische Wählerschaft hat sich als reifer erwiesen, als man ihr gemeinhin zugetraut hatte. Ihre Absage an „Leftist-Rightist“-Koalitionen, an Splitterparteien und ihr klares Votum für eine starke, dominierende Partei zeugt von einem nicht erwarteten Realitätssinn und von einem national-politischen Bewußtseinsstand, den man bislang von Regionalismen überlagert wählte. Gebräuchliche Stereotypen wie der bestimmende Einfluß von Communalismen, Parochialismen und Regionalismen, wie die Bedeutung der Kaste im politischen

Willensbildungsprozeß werden überdacht werden müssen. Eine neue Dimension charismatischer Politik scheint sich herauszukristallisieren.

Indira Gandhi verfügt nun über das absolute Mandat einer Zweidrittelmehrheit. Sie wird schnell handeln müssen, um die von ihr geweckten Aspirationen zu befriedigen. Dabei kann sie nun nicht mehr auf die Barrieren feudaler und konservativer Kräfte verweisen, da selbst die Verfassung den Bedürfnissen einer „progressiven“ Politik anzupassen ist. Man wird ungeduldig auf Entscheidungen und mehr noch auf deren Ergebnisse warten.